

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

es ist Freitag und damit auch wieder einmal Zeit, im Newsletter die politische Woche in Berlin Revue passieren zu lassen. Hinter uns liegen arbeitsreiche Tage, in denen wir viel auf den Weg gebracht haben.

Heute Vormittag war ich in meiner Position als Hauptberichterstatter für den Energie- und Klimafonds (EKf) im Bundesfinanzministerium, um im Berichterstattergespräch den Haushalt des Sondervermögens zur Energie- und Klimapolitik zu beraten. Hier liegt für die kommenden Jahre sehr viel Geld, was es unbedingt gilt, mit viel Bedacht, Expertise und gesundem Menschenverstand zu verteilen. Unter anderem geht es hier um so wichtige Programme wie die Förderung der E-Mobilität und alternativer Antriebe, die Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich, aber auch in der Industrie und in der Landwirtschaft. Nächste Woche Donnerstag werden wir in der Bereinigungssitzung dann alle Beratungen für den Bundeshaushalt 2020 zum Abschluss bringen.

Auch das Thema Grundrente wird weiterhin heftig diskutiert. Als CDU/CSU fordern wir, dass nur die Menschen profitieren sollen, die wirklich bedürftig sind, wozu für uns eine Bedürftigkeitsprüfung zählt. Wir werden nicht die Prinzipien des Renten- und Grundsicherungssystems über den Haufen werfen und der jungen Generation enorme Lasten auferlegen. Das schafft nämlich nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit. Eine richtig austarierte Grundrente ist für uns eine wichtige Sachfrage, die wegen unserer demographischen Situation von enormer Langzeitwirkung ist. In diesem Sinne führen wir die Verhandlungen.

Außerdem steht Berlin schon seit mehr als einer Woche im Zeichen der Deutschen Wiedervereinigung. Am Brandenburger Tor wird kräftig gewerkelt, um die bevorstehenden Feierlichkeiten am Wochenende vorzubereiten. Schon im Oktober haben wir in Leipzig mit Revolutionären des Jahres 1989 an den Mut und die Entschlossenheit der vielen Menschen erinnert, die zum Sturz der SED-Diktatur beigetragen haben und die den ersten Stein aus der Mauer herausbrachen.

Am 9. November 1989 fiel die Mauer. Die Freude darüber stand auch im Mittelpunkt unserer Sitzungswoche. Allen voran die Union war und ist die Partei der Deutschen Einheit. Schon früh hat Konrad Adenauer nie einen Zweifel am Ziel unserer Politik gelassen: Ein friedliches Deutschland wieder zu einem gleichberechtigten Partner in Europa und der Welt zu machen. Dieses Ziel haben wir 1990 erreicht: Die Deutschen in der DDR und Helmut Kohl haben der Deutschen Einheit in Frieden den Weg geebnet. In Freude über das Gelingen verneigen wir uns vor dem Mut und der Entschlossenheit, die der Freiheit zum Durchbruch halfen.

Dieser Freiheit sind wir verpflichtet. Denn viele Biografien wären ganz anders verlaufen, hätten die Menschen in Ost und in West vor dreißig Jahren nicht den Mut gehabt, für eine Wiedervereinigung einzutreten. Durch ihre Initiative blicken wir heute auf eine gemeinsame Geschichte des Erfolges, bei der es sich lohnt, sie alle Jahre wieder zu erzählen und zu feiern.

Herzlich

Ihr/Euer



FOTO DER WOCHE



DAS NIEDERSÄCHSISCHE „KLEEBLATT“ FEIERT 10 JAHRE DEUTSCHER BUNDESTAG

Vor nunmehr zehn Jahren, im Jahr 2009, bin ich mit meinen drei Kollegen Astrid Grotelüschen, Axel Knörig und Eckhard Pols in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Wie schnell die Zeit seither vergangen ist!

Am Mittwoch hat unser Kleeblatt, wie wir vier unsere Freundschaft nennen, 10-jähriges Jubiläum gefeiert! Wir vier haben in den vergangenen Jahren immer zusammengehalten wie Pech und Schwefel. So kennen wir Niedersachsen das, und so wird es auch in Zukunft bleiben.

THEMEN DER WOCHE

GESETZ ZUR MODERNISIERUNG DES STRAFVERFAHRENS

Wie oben dargestellt ist Ziel dieses Gesetzentwurfs, den wir in erster Lesung beraten, das Strafverfahren moderner und effizienter zu gestalten. Die Befugnisse der Ermittlungsbehörden sollen ausgeweitet werden, indem etwa die Kommunikation von Einbrechern leichter überwacht werden kann. Des Weiteren soll es Verfahrensbeteiligten in der Hauptverhandlung grundsätzlich verboten sein, ihr Gesicht zu verhüllen. Weitere Änderungen sollen zu einem verbesserten Rechtsbeistand bei umfangreichen Verfahren mit mehreren Nebenklägern und bei Opfern von Sexualstraftaten führen.

GESETZ FÜR EINE BESSERE VERSORGUNG DURCH DIGITALISIERUNG UND INNOVATION (DIGITALE-VERSORGUNG-GESETZ – DVG)

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir das Digitale-Versorgungs-Gesetz, mit dem wir die Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung weiter vorantreiben. Unser Ziel ist es, die großen Chancen, die sich für eine bessere Gesundheitsversorgung aus der Digitalisierung ergeben zu heben. So erhalten Versicherte etwa einen Anspruch auf digitale Gesundheitsanwendungen. Der Innovationsfonds, der 2016 eingerichtet wurde, um innovative Versorgungsformen und anwendungsorientierte Versorgungsforschung zu fördern, wird um fünf Jahre mit 200 Millionen Euro jährlich verlängert. Zusätzlich wurde die rechtliche Grundlage zur Errichtung einer Referenzdatenbank für Fertigarzneimittel geschaffen, die Informationen zu Darreichungsformen, Wirkstoffbezeichnungen und die Wirkstärke beinhalten wird. Zudem wird die Möglichkeit von elektronischen Verordnungen auf weitere Leistungen erweitert.

GESETZ ZUR WEITEREN STEUERLICHEN FÖRDERUNG DER ELEKTROMOBILITÄT UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER STEUERLICHER VORSCHRIFTEN

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir das Jahressteuergesetz. Es enthält u.a. zahlreiche Maßnahmen zur Förderung vor allem der umweltfreundlichen Mobilität. Dazu werden insbesondere mehrere bereits existierende steuerliche Begünstigungen für Elektrofahrzeuge, Hybridfahrzeuge und Dienstfahrzeuge bis zum Jahresende 2030 verlängert. Des Weiteren wird eine Sonderabschreibung für E-Lieferfahrzeuge eingeführt und das Jobticket gefördert. Das Gesetz regelt zudem weitere steuerrechtliche Fragen wie etwa die Erhöhung der Verpflegungspauschale für Dienstreisen oder die Erhöhung der Förderhöchstgrenze bei der Wohnungsbauprämie auf 700 beziehungsweise auf 1.400 Euro. Der Prämiensatz wird dabei auf 10 Prozent angehoben.

GESETZ ZUR STEUERLICHEN FÖRDERUNG VON FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG (FORSCHUNGSZULAGENGESETZ)

Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung annehmen, wird die Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschlands erhöht, indem wir eine steuerfreie Forschungszulage zusätzlich zur bewährten Projektförderung einführen. Auf dieses Gesetz zur „steuerlichen F+E“ haben wir lange hingearbeitet. Die Forschungszulage wird an den Personalkosten bemessen, beträgt 25 Prozent der Bemessungsgrundlage und ist gedeckelt auf 2.000.000 Euro.

GESETZ FÜR BESSERE UND UNABHÄNGIGERE PRÜFUNGEN (MDK-REFORMGESETZ)

Mit der Gesetzesreform, die wir in zweiter und dritter Lesung beraten, wird die Unabhängigkeit der medizinischen Dienste gestärkt. Dazu werden organisatorische Umstrukturierungen vorgenommen und mit der Ombudsperson bei jedem Medizinischen Dienst eine unabhängige Anlaufstelle eingerichtet. Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern über die Abrechnung sollen durch einen Schlichtungsausschuss auf Bundesebene reduziert werden. Darüber hinaus wird der Gemeinsamen Reduzierungsausschuss über seine öffentlichen Sitzungen live im Internet zu übertragen sowie in einer Mediathek für einen späteren Abruf zur Verfügung zu stellen, um damit seine Entscheidungen transparenter zu machen. Des Weiteren wird das Hygieneförderprogramm für Krankenhäuser um drei Jahre verlängert und um einen zusätzlichen Förderschwerpunkt im Bereich des sachgerechten Einsatzes von Antibiotika erweitert.

ZAHLE DER EMPFÄNGER SOZIALER MINDESTSICHERUNG DEUTLICH GESUNKEN

Zum Jahresende 2018 erhielten rund 7,2 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Das sind 5,1 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zu Ende 2017 sind somit rund 400.000 Menschen nicht mehr auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen. In den neuen Bundesländern, Berlin eingeschlossen, reduzierte sich der Anteil der Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen überdurchschnittlich. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sank der Anteil der Leistungsempfänger auf 8,7 %. Der Anteil ging damit das dritte Jahr in Folge zurück.

GESETZ ZUR REFORM DES SOZIALEN ENTSCHÄDIGUNGSRECHTS

Wir beschließen die Reform des sozialen Entschädigungsrechts in zweiter und dritter Lesung. Durch die Änderung wird ein komplett neues Sozialgesetzbuch, das SGB XIV, geschaffen. Das Gesetz hat zum Ziel, den Opfern von Gewalttaten, von Terroranschlägen, von sexueller oder psychischer Gewalt sowie deren Angehörigen, Nahestehenden und Hinterbliebenen schnell zu helfen, die erneute Eingliederung in die Gesellschaft und Entschädigungsleistungen zu ermöglichen. Wesentliche Neuerungen sind ein erweiterter Berechtigungskreis sowie ein erweiterter Gewaltbegriff.

GESETZ ZUR ENTLASTUNG UNTERHALTSVERPFLICHTETER ANGEHÖRIGER IN DER SOZIALHILFE UND IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE (ANGEHÖRIGEN-ENTLASTUNGSGESETZ)

Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, werden Kinder und Eltern, die nach dem SGB XII gegenüber Leistungsberechtigten unterhaltsverpflichtet sind, entlastet. Hierzu wird die Unterhaltsherausziehung von Eltern und Kindern mit einem jeweiligen Jahresbruttoeinkommen von bis zu 100.000 Euro in der Sozialhilfe ausgeschlossen. Auch in der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX und im Bereich der fürsorglichen Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes werden Entlastungen vollzogen. Menschen mit Behinderungen im Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen wird künftig auch ein Anspruch auf SGB XII-Leistungen eingeräumt.

DEUTSCHES AUSLANDSSCHULWESEN WEITER STÄRKEN UND AUF BREITER BASIS ENTWICKELN

Dem Netz deutscher Auslandsschulen kommt eine herausragende Bedeutung zu bei den Bemühungen, die deutsche Sprache zu stärken, Bildungseliten frühzeitig an Deutschland zu binden und den Spracherwerb für wichtige Fachkräfte für Deutschland aufzubauen. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag daher dazu auf, die deutschen Auslandsschulen weiter zu stärken. Hierzu ist es unter anderem notwendig, das Netz der deutschen Auslandsschulen kritisch auf mögliche geographische Lücken zu überprüfen, das Angebot an frühkindlicher Bildung zu erweitern und die Attraktivität für Lehrkräfte aus den Schuldiensten der Länder weiter zu steigern.

GESETZ ÜBER EINEN NATIONALEN ZERTIFIKATEHANDEL FÜR BRENNSTOFFEMISSIONEN (BRENNSTOFFEMISSIONSHANDELSGESETZ - BEHG)

Mit dem Gesetz wird ein nationales Emissionshandelssystem für die Sektoren Verkehr und Gebäude eingeführt. In das nationale Emissionshandelssystem sind alle in Verkehr gebrachten fossilen Brennstoffe einbezogen, unabhängig davon, in welchem Sektor die Brennstoffe jeweils verwendet werden. In einer Startphase in den ersten beiden Jahren werden jedoch zunächst nur wesentliche Hauptbrennstoffe einbezogen nämlich Diesel, Benzin, Gas und Heizöl. Zur Teilnahme am Emissionshandelssystem verpflichtet sind die Unternehmen, die die Brennstoffe in den Verkehr bringen. Die Unternehmen haben Zertifikate zu erwerben und abzugeben. Mit der Brennstoffpreisung wird ein Anreiz zur künftigen Minderung von CO₂-Emissionen geschaffen. In einer Einführungsphase werden 10 Zertifikate zu einem Festpreis ausgegeben, der beginnend mit 2 Euro je Tonne CO₂ in 2021 Jahr für Jahr auf 35 Euro je Tonne im Jahr 2025 ansteigt. Ab 2026 werden die Emissionsberechtigungen auktioniert und bewegen sich dann innerhalb eines Preiskorridors zwischen 35 und 60 Euro je Tonne CO₂. 2025 soll überprüft werden, ob Mindest- und Höchstpreis ab 2027 noch notwendig sind.

GEMEINSAME INITIATIVE VON BUND UND LÄNDERN ZUR FÖRDERUNG VON SCHULEN IN BENACHTEILIGTEN SOZIALEN LAGEN UND MIT BESONDEREN AUFGABEN DER INTEGRATION

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag dazu auf, gemeinsam mit den Ländern ein Programm zur Unterstützung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Integrationsaufgaben zu realisieren. Vorbild soll dabei die bereits existierende Initiative „Leistung macht Schule“ sein. In einem zweiphasigen Verfahren werden zunächst bundesweit bis zu 300 Schulen ausgewählt und bei der Entwicklung guter Konzepte für mehr Bildungsgerechtigkeit unterstützt. Anschließend wird eine wissenschaftliche Evaluation durchgeführt und die Ergebnisse dann weiteren Schulen bundesweit zur Verfügung gestellt. Die Leistungen umfassen insgesamt 125 Mio. Euro für 10 Jahre, wovon der Bund die Hälfte trägt.

AKTUELLES AUS DEM WAHLKREIS



BEIM KREISPARTEITAG IN VERDEN

Letzten Montag haben wir auf dem CDU-Kreisparteitag in Langwedel meinen Freund und Kollegen Adrian Mohr als Kreisvorsitzenden wiedergewählt. Ich freue mich sehr, dass Adrian damit die Chance erhält, seine gute Arbeit im Kreis Verden fortzusetzen. Darüber hinaus wurden viele wichtige Themen diskutiert wie etwa ein Papier zum Klimawandel, das Fraktionschef Wilhelm Hogrefe eingebracht hatte. Klimapolitik ist schließlich nicht nur eine Sache für die große Bundespolitik, sondern vor allem auch direkt für unsere Städte und Kommunen. Auch das Potential von Humus als CO₂-Speicher fällt mit in diese Thematik und wurde von den Anwesenden lebhaft als ein Mittel auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz erörtert. Mit großen Sorgenfalten wurde schließlich auch noch einmal auf die Landtagswahlen in Thüringen geblickt. Unter keinen Umständen dürfen wir hier anfangen. Unsere Grundsätze in Frage zu stellen, in dem wir auch nur ansatzweise über eine mögliche Koalition mit der Linkspartei nachdenken.



GESPRÄCH BEIM LANDVOLK OHZ

Letzte Woche war ich gemeinsam mit meinem Bundestagkollegen und Vorsitzendem der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion, Albert Stegemann, zu Gast beim Osterholzer Landvolk in Schwanevede. Die aktuellen Proteste von Landwirten in ganz Deutschland zur neuen Düngemittelverordnung haben einmal mehr gezeigt, wie dringlich die Problematik überbordender EU-Richtlinien und Vorgaben im Bereich Landwirtschaft ist. Ich habe großes Verständnis für die Proteste unserer Landwirte. Es kann nicht angehen, dass ausgerechnet diejenigen, die ihre Produktion engagiert umweltfreundlich ausgerichtet haben, in der Öffentlichkeit auch noch angegriffen werden, ohne dass dies fachlich auch nur ansatzweise begründet werden kann. Ich fordere daher dringend eine Rückkehr zu einer sachlicheren Debatte und insgesamt mehr Rückhalt und öffentliche Akzeptanz für unsere Bauern. Die engagierte Debatte in der Bundestagsfraktion hat jedenfalls gezeigt, dass wir als Christdemokraten voll hinter unseren Landwirten stehen.